

Strukturen verändern. Werte erhalten.

► Versprochen – Gehalten

► Sozialpolitische Meilensteine des ÖAAB

IMPRESSUM:

Medieninhaber, Herausgeber, Hersteller und Redaktion:

Österreichischer Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbund (ÖAAB), Bundesobmann August Wöginger und Generalsekretär Christoph Zarits, Lichtenfelsgasse 7, 1010 Wien, Tel.: (01) 40141-351, Fax: (01) 40141-359, E-Mail: office@oeaab.com

Grundlegende Richtung: Wiener Programm

Layout: Dipl.-Ing. Albrecht Oppitz

Herstellung: druck.at, 2544 Leobersdorf, www.druck.at

Bildnachweis:

Foto Seite 4: ÖAAB

Fotos Seiten 1, 6, 10, 12, 14, 18, 19, 21 und 25: stock.adobe.com

Grafiken: Die neue Volkspartei

ÖAAB-Erfolge auf einen Blick

▶ Entlastung für Familien

Einführung des Familienbonus Plus

▶ Entlastung der arbeitenden Menschen

Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags

▶ Mehr Sicherheit für unser Land

Das Sicherheitspaket

▶ Pensionserhöhung 2019

Kräftiges Plus für Pensionsbezieher

▶ Finanzielle Sicherheit im Alter

Einführung einer Mindestpension

▶ Bessere Bildung

Chancen für Kinder und Jugendliche

▶ Seit Herbst 2018

Einführung von Deutschförderklassen

▶ Upgrade.Lehre

Chancen für die jungen Menschen

▶ Jobchancen verbessern

Meister wird dem Bachelor gleichgesetzt

▶ Mehr für die Patientinnen und Patienten

Die Reform der Sozialversicherung

▶ Neue Gerechtigkeit

Reform der Mindestsicherung

▶ In Umsetzung

Karenzzeiten wie Arbeitszeiten bewerten



Für die arbeitenden Menschen erreicht

Der ÖAAB steht seit jeher für eine Politik, die nicht nur an heute, sondern auch an morgen denkt. Eine Politik, die einen Ausgleich zwischen sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit für die arbeitenden Menschen findet. Unser Ziel ist, dass jede und jeder die Freiheit und die Chance hat, sich durch Arbeit und Bildung im Leben etwas aufzubauen. Das ist Anspruch und Auftrag einer christlich-sozialen Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmervertretung. Ausgehend von diesem Fundament müssen wir aber auch Antworten auf neue Herausforderungen unserer Zeit geben.

Moderne Sozialpolitik muss individuelle Herausforderungen berücksichtigen und Perspektiven für die Menschen eröffnen. Wir stehen für eine neue Gerechtigkeit.

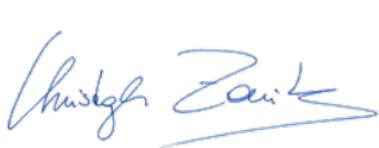
Seit mehr als einem Jahr sind Bundeskanzler Sebastian Kurz und sein Team im Amt, und sie haben in vielen Bereichen Beachtliches auf Schiene gebracht. Gerade in den für den ÖAAB wichtigen Bereichen Familie, Sicherheit, Bildung und Finanzen gibt es für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitneh-

mer zahlreiche Verbesserungen. Eine Vielzahl langjähriger ÖAAB-Forderungen konnten im vergangenen Jahr durch die neue Bundesregierung erfolgreich umgesetzt werden.

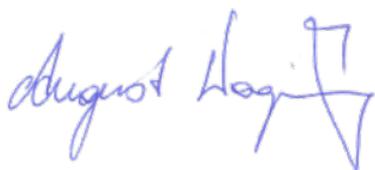
Sozialpolitische Meilensteine, versprochen im letzten Wahlkampf, wurden konsequent in einem neuen Stil gesetzt. Ein Stil, bei dem man miteinander und nicht gegeneinander arbeitet. So profitieren Familien künftig von der größten steuerlichen Entlastung – dem Familienbonus Plus. Aber auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit niedrigen Einkommen spüren schon jetzt die Entlastung in ihrem Geldbörser!! Und für die Kinder und Jugendlichen gibt es im Bildungsbereich zahlreiche Verbesserungen.

Es hat einen Kurswechsel für unser Land gegeben, indem die Schuldenpolitik nach über 60 Jahren endlich beendet wurde und dennoch mehr Mittel für Familien, Bildung und Sicherheit aufgewendet werden.

Und wir arbeiten weiter daran, stets sinnvolle, zeitgemäße und praktikable Rahmenbedingungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Österreich zu schaffen. Viel ist in diesem Jahr passiert, aber es gibt noch immer viel zu tun für den ÖAAB. Wir bleiben dran!



Christoph Zarits
ÖAAB-Generalsekretär



August Wöginger
ÖAAB-Bundesobmann



Einführung des Familienbonus Plus

Der Familienbonus Plus ist die größte steuerliche Entlastung in der zweiten Republik. Dadurch profitieren 950.000 Familien mit 1,6 Millionen Kindern von bis zu 1.500 Euro pro Kind und Jahr.

Gerade jene Eltern, die neben der Erziehung ihrer Kinder berufstätig sind, sollen für ihre Leistung der Kindererziehung eine spürbare Anerkennung erfahren.

Mit dem Familienbonus Plus wird eine langjährige ÖAAB-Forderung umgesetzt. Wer arbeitet und damit auch zum Gemeinwohl beiträgt, hat in Zukunft wieder mehr im Geldbörsel. Das ist eine spürbare Anerkennung für die Leistung der Kindererziehung in der Gesellschaft.

FAMILIENBONUS PLUS

Beispiele für die steuerliche Entlastung.

Netto Gehalt pro Monat	Familienbonus Plus - Entlastung pro Jahr		
	1 Kind	2 Kinder	3 Kinder
€ 1.250	€ 1.136	€ 1.136	€ 1.136
€ 1.350	€ 1.500	€ 1.536	€ 1.536
€ 1.500	€ 1.500	€ 2.374	€ 2.374
€ 1.650	€ 1.500	€ 3.000	€ 3.343
€ 1.750	€ 1.500	€ 3.000	€ 3.988
€ 1.850 und mehr	€ 1.500	€ 3.000	€ 4.500

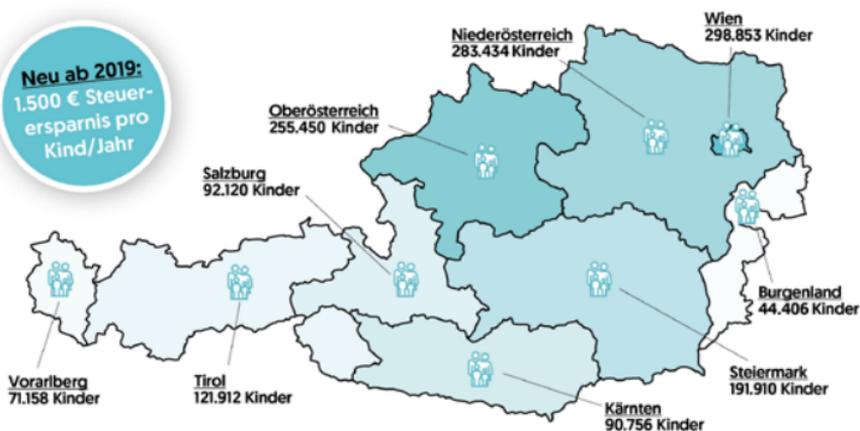
Alleinerziehende und Alleinverdienende erhalten mindestens

unabhängig vom Einkommen	€ 250	€ 500	€ 750
--------------------------	-------	-------	-------

Im Detail:

- ▶ Mit dem Familienbonus Plus erhalten Familien ab 2019 einen Steuerbonus in Höhe von bis zu 1.500 Euro pro Kind und Jahr.
- ▶ Nicht weniger als 950.000 Familien und rund 1,6 Millionen Kinder werden künftig von dieser Entlastung profitieren.
- ▶ Der Familienbonus Plus vermindert direkt die zu zahlende Steuerlast und hat damit die 5-fache Wirkung des Kinderfreibetrags.
- ▶ Familien mit Kindern über 18 Jahren, die Familienbeihilfe beziehen, erhalten einen Bonus von 500 Euro pro Jahr und Kind.
- ▶ Auch wer keine Steuer zahlt, erhält eine Mindestentlastung von 250 Euro pro Kind und Jahr („Kindermehrtrag“).

Neu ab 2019:
1.500 € Steuer-
ersparnis pro
Kind/Jahr



- ▶ Der Familienbonus Plus tritt Anfang Jänner 2019 in Kraft und kann wahlweise über die Lohnverrechnung bereits 2019 oder über die Steuererklärung bzw. Arbeitnehmerveranlagung erstmals im Jahr 2020 für das Jahr 2019 geltend gemacht werden.

Entlastung der arbeitenden Menschen

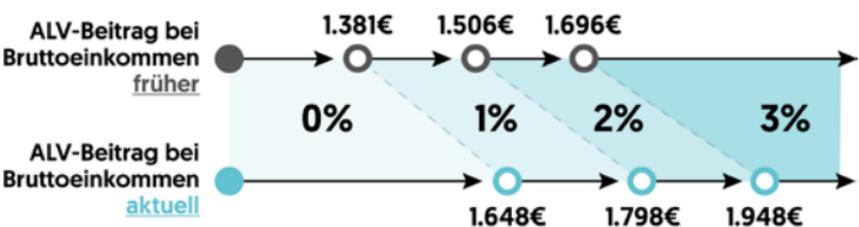
Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags

Seit 1. Juli bleiben niedrig verdienenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bis zu 30 Euro mehr im Börserl. Mit der Reduktion der Arbeitslosenversicherungsbeiträge werden insbesondere kleine und mittlere Einkommen entlastet.

Seit 1. Juli 2018 bleiben ungefähr 900.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nun durchschnittlich ca. 310 Euro pro Jahr mehr im Börserl.

Im Detail:

- ▶ Die Sätze für den reduzierten Arbeitslosenversicherungsbeitrag (ALV) sind wie folgt angepasst:
 - » Statt wie bisher bis zu einem Bruttoeinkommen von 1.381 Euro ist bis 1.648 Euro überhaupt kein ALV-Beitrag mehr zu bezahlen
 - » Bis 1.798 Euro brutto (statt wie bisher bis 1.506 Euro) fällt nur 1 Prozent ALV-Beitrag an
 - » Bis 1.948 Euro brutto (statt wie bisher bis 1.696 Euro) sind 2 Prozent als ALV-Beitrag zu bezahlen und erst darüber kommt der reguläre Satz von 3 Prozent zur Anwendung



Mehr Sicherheit für unser Land



Das Sicherheitspaket

Die Sicherheit der Österreicherinnen und Österreicher und die hohe Qualität der Arbeit der Sicherheitsbehörden sind ein Herzstück der Arbeit des ÖAAB. Mit dem Sicherheitspaket werden den Sicherheitsbehörden effiziente Werkzeuge im Kampf gegen die Kriminalität zur Verfügung gestellt, was ein Mehr an Sicherheit gewährleistet.

In Zukunft werden 2.100 zusätzliche Polizistinnen und Polizisten auf der Straße für Sicherheit und Ordnung sorgen. Zudem wurden 2.000 weitere Ausbildungsplätze geschaffen.

Ein wesentlicher Faktor für die Sicherheit ist zudem das Österreichische Bundesheer. Dieser Tatsache wird auch im Doppelbudget 2018/19 Rechnung getragen. So sind im Jahr 2018 60 Millionen Euro zusätzlich für die Landesverteidigung vorgesehen und für den effektiven Schutz der Staatsgrenzen stehen zusätzlich insgesamt 98 Millionen Euro bereit.

Im Detail:

- ▶ Für illegale Migration, die unter Missbrauch des Asylrechts stattfindet, ist kein Platz
- ▶ In Krisenfällen sorgen ausgewählte Kasernen als autarke Sicherheitsinseln für die logistische, technische und infrastrukturelle Unabhängigkeit
- ▶ Modernisierung der Überwachungsmöglichkeiten von internetbasierter Kommunikation (WhatsApp, Skype, etc.), damit im Einzelfall bei schweren Straftaten auch verschlüsselte Nachrichten überwacht werden können
- ▶ Einführung Anlagedatenspeicherung („Quick Freeze“): gezielte Speicherung bestimmter Kommunikationsdaten bei einem konkreten Tatverdacht
- ▶ Ausbau der Nutzung von Videoüberwachung
- ▶ Damit Mobiltelefone nicht mehr anonym genutzt werden können, sollen Pre-Paid-Karten in Zukunft registriert werden
- ▶ Einführung von Sicherheitsforen: Der Zusammenschluss von Polizei, Privaten und sonstigen Stellen fördert den raschen Informationsaustausch und trägt zu effektiven Lösungen auf regionaler Ebene bei

Pensionserhöhung 2019



Kräftiges Plus für Pensionistinnen und Pensionisten

Wer sein Leben lang hart gearbeitet hat, hat es sich verdient, seinen Lebensabend in Würde zu verbringen. Die Pensionserhöhung 2019 fällt deutlich höher aus als in den vergangenen Jahren. Vor allem Bezieherinnen und Bezieher kleiner und mittlerer Pensionen werden profitieren.

Das bedeutet rund 405 Euro mehr im Jahr für einen Pensionsbezieher von 1.115 Euro. Von der Anhebung der Pensionen um 2,6 Prozent profitieren rund die Hälfte aller Pensionistinnen und Pensionisten, also rund 1,1 Millionen Menschen. Es handelt sich dabei um die stärkste Pensionserhöhung der vergangenen Jahre.

Pensionserhöhung



Finanzielle Sicherheit im Alter

Einführung einer erhöhten Mindestpension

Ein weiterer sozialpolitischer Meilenstein wird mit der Einführung einer Mindestpension in der Höhe von 1.200 Euro gesetzt werden. Für uns ist klar: Sichere und nachhaltige Pensionen sind die wichtigste Grundlage für die finanzielle Absicherung im Alter.

Wir setzen uns für ein staatliches Pensionssystem ein, das jenen Menschen, die jahrzehntelang Beiträge für unsere Gemeinschaft geleistet haben, soziale Sicherheit garantiert. Damit setzen wir einen bedeutenden Schritt zur Bekämpfung und Vorbeugung von Altersarmut. Darüber hinaus sollen ungerechte Pensionsprivilegien beendet werden.

Im Detail:

- ▶ Einführung einer erhöhten Mindestpension von 1.200 Euro monatlich für Menschen mit 40 Beitragsjahren
- ▶ Erhöhung des Familienrichtsatzes bei 40 Beitragsjahren eines Ehepartners: 1.500 Euro Mindestpension für Ehepaare
- ▶ Konsequente und nachhaltige Abschaffung bestehender Sonderpensionsprivilegien im staatlichen und halbstaatlichen Bereich





Chancen für Kinder und Jugendliche

Mit dem Pädagogik-Paket werden die bestmöglichen Rahmenbedingungen geschaffen, um die Kinder und Jugendlichen in unserem Land optimal zu fördern. Eine gute Ausbildung ist das Fundament dafür, am Erwerbsleben teilnehmen und sein Leben individuell gestalten zu können.

Dafür muss das österreichische Bildungssystem das Beste aus Bestehendem und Neuem verbinden. Es braucht daher eine differenzierte Struktur an Schultypen, um den vielfältigen Anforderungen gerecht zu werden. Nur so können Grundwissen und Kernkompetenzen vermittelt, Stärken und Talente bestmöglich gefördert und mögliche Defizite ausgeglichen werden.

Im Detail:

Volksschule

- ▶ Bestehende Formen der Alternativen Beurteilung und der Benotung durch Ziffern werden aufeinander abgestimmt, um die Benotungssystematik insgesamt aufzuwerten
- ▶ Eine alternative Leistungsbeurteilung über die Lern- und Entwicklungssituation ist schulautonom künftig bis zum Ende des ersten Semesters der zweiten Schulstufe möglich. Gleichzeitig haben Eltern das Anrecht auf eine zusätzliche Benotung durch Ziffern
- ▶ Ein Zeugnis mit Ziffernote muss jedenfalls ab Ende der zweiten Schulstufe ausgehändigt werden
- ▶ Die Leistungsbeurteilung wird durch eine verpflichtende schriftliche Erläuterung in Form von Bewertungsrastern ergänzend zur Ziffernote transparent und nachvollziehbar
- ▶ Volksschüler sind verpflichtet, Förderunterricht zu besuchen, sofern Bedarf festgestellt wird

Neue Mittelschule wird zur leistungsorientierten Mittelschule

- ▶ Weiterentwicklung der NMS zur „Mittelschule“, die Schüler sollen sowohl auf weiterführende Schulen als auch auf das Berufsleben vorbereitet werden. Leistungsstarke Schüler werden speziell gefördert
- ▶ Ab der sechsten Schulstufe werden in Deutsch, Mathematik und der ersten lebenden Fremdsprache zwei Leistungsniveaus („Standard“ und „Standard AHS“) mit fünfteiligen Beurteilungsskalen eingeführt
- ▶ Schulautonom können dauerhafte Gruppen nach den zwei Leistungsniveaus eingerichtet werden

Polytechnische Schule

- ▶ Die Einführung eines freiwilligen 10. Schuljahres für jene, die die allgemeine Schulpflicht an mittleren/höheren Schulen nicht positiv abgeschlossen haben, bringt mehr Durchlässigkeit im Bildungssystem

Seit Herbst 2018

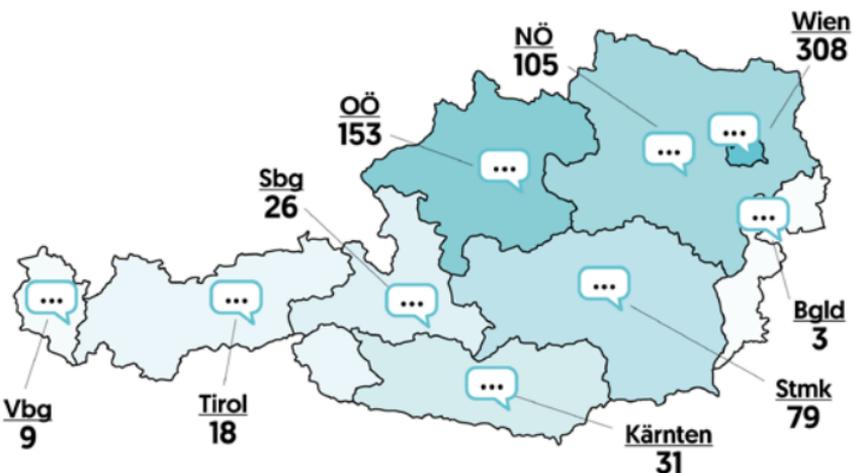
Einführung von Deutschförderklassen

Mittels Deutschförderklassen werden auch jene Schülerinnen und Schüler gefördert, die dem Unterricht aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse nicht folgen können.

Eine gute Ausbildung stellt das Fundament dar, um am Erwerbsleben teilnehmen und sein Leben individuell gestalten zu können. Ohne ausreichende Deutschkenntnisse ist das nicht möglich – daher sorgen seit Herbst 2018 die Deutschförderklassen dafür, dass alle Kinder die notwendige Sprachkompetenz vermittelt bekommen.

Im Detail:

- ▶ Die intensive Förderung ist ab acht Kindern pro Schule verpflichtend und beträgt 15 bis 20 Stunden.
- ▶ Bereits nach einem Semester wird mittels standardisierter Tests der Sprachstand erneut erhoben und – falls notwendig – die Sprachförderung in einer



Deutschklasse oder in einem Deutschförderkurs fortgesetzt.

- ▶ Neben dem Besuch einer Deutschklasse nehmen die Schülerinnen und Schüler auch an bestimmten Fächern und Aktivitäten des Regelunterrichts (z.B. Zeichnen, Musik, Turnen) teil.
- ▶ Der Besuch der Deutschklassen soll mindestens ein Semester, längstens jedoch vier Semester andauern.
- ▶ Nach dem Wechsel in die Regelklasse erhalten die Schülerinnen und Schüler parallel außerdem noch sechs Deutschförderstunden wöchentlich.



Chancen für die jungen Menschen

Es gilt, die Chancen der Digitalisierung mit dem bewährten Konzept der dualen Ausbildung zu vereinen. Die Ausbildung von Fachkräften steht dabei im Mittelpunkt, um den neuen Herausforderungen zu begegnen und Österreich zu einer „leading digital nation“ zu machen.

Mit dem Lehrlingspaket startete das Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort im Frühjahr 2018 eine Lehrlingsoffensive mit dem Ziel die Chancen der Digitalisierung zu nutzen und die Lehre als Topqualifikation neu zu positionieren.

Im Detail:

- ▶ Gesamtstrategie Lehre und Lehrlingskampagne, um Lehre zu attraktivieren.
- ▶ Schaffung von sieben neuen und sechs modernisierten Lehrberufen mit Fokus auf Digitalisierung für rund 2.000 Lehrlinge.
- ▶ Damit können sich Jugendliche in Zukunft etwa zur Fachkraft im Bereich E-Commerce-Kaufmann/-frau oder Glasverfahrenstechnik ausbilden lassen.

Jobchancen verbessern



Meister wird dem Bachelor gleichgesetzt

Um das Ansehen der Fachkräfte weiter zu steigern, und den Anreiz, eine Lehre zu absolvieren, zu erhöhen, ist es wesentlich, Schritte zu setzen, um das Erfolgsmodell Lehre auch international sichtbarer zu machen. Der Meistertitel erfährt eine Aufwertung, die Klarheit über die Qualifikation im In- und im Ausland schafft.

Das Image der Ausbildung wird mit der Maßnahme, den Meister mit dem Bachelor gleichzusetzen, erhöht, dies soll eine bessere Vergleichbarkeit ermöglichen. Es wird so auch klarer, welche Qualifikation jemand mitbringt. Das hat nicht nur in Österreich Vorteile, sondern stärkt Unternehmen genauso wie Absolventinnen und Absolventen bei Ausschreibungen und Bewerbungen im Ausland.

Im Detail:

- ▶ In Österreich absolvieren jährlich rund 5.000 Personen eine Meisterprüfung. Meisterabsolventinnen und Meisterabsolventen sind im Durchschnitt 30 Jahre alt und verfügen über mehr als 10 Jahre Berufserfahrung.

- ▶ Mit dieser Einstufung stehen Meisterprüfung und Bachelorabschluss im Nationalen Qualifikationsrahmen auf demselben Niveau.
- ▶ Der Nationale Qualifikationsrahmen (NQR) ordnet Ausbildungen insgesamt acht Qualifikationsniveaus zu. Dies dient vor allem der internationalen Vergleichbarkeit und ist folglich für die Wirtschaft enorm wichtig, da bei Ausschreibungen der Nachweis gewisser Qualifikationsniveaus gefordert wird.

Mehr für die Patienten



Die Reform der Sozialversicherung

Mit der Reform der Sozialversicherungsträger wird ein altes System zukunftsfit gemacht. Einsparungsmaßnahmen betreffen die Verwaltung, damit die Patientinnen und Patienten wieder im Mittelpunkt stehen. Deshalb werden 21 Träger auf 5 zusammengelegt. Der Erlös von ungefähr einer Milliarde Euro bis 2023 kommt den Patientinnen und Patienten zugute.

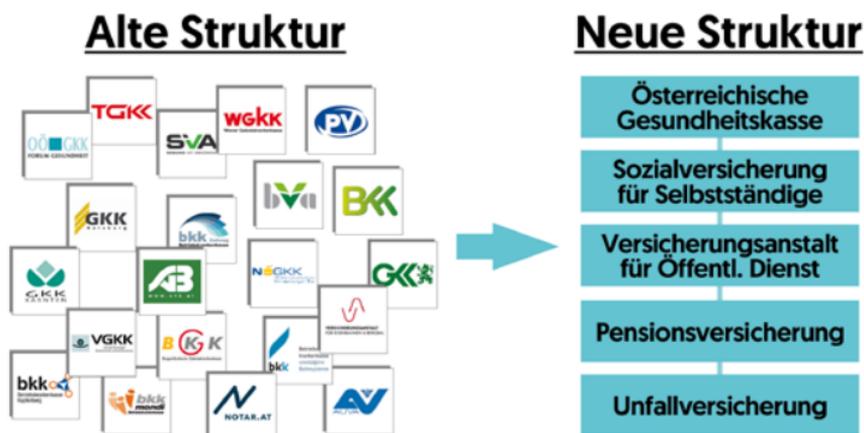
Mit der größten Strukturreform im Bereich der Sozialversicherung, die es je gegeben hat, wird dafür gesorgt, dass mehr für die Patientinnen und Patienten bleibt. Klar ist dabei, dass kein Krankenhaus geschlossen und keine Leistung gekürzt, sondern das System vereinfacht wird – und das schafft mehr Gerechtigkeit.

Im Detail:

- ▶ In Zukunft gibt es nur noch fünf statt 21 Sozialversicherungsträger.
- ▶ Statt neun Gebietskrankenkassen kommt die Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK).



- ▶ Kein Krankenhaus wird geschlossen, keine Leistung wird gekürzt – es wird im System gespart.
- ▶ In der Verwaltung wird durch Nichtnachbesetzung von mittelfristig zehn Prozent der ca. 19.000 Verwaltungsposten gespart. Dabei gibt es eine Jobgarantie: Es wird keine Kündigungen aufgrund der Fusion geben!
- ▶ Es wird im System gespart: Bisher gab es 90 Verwaltungsgremien, künftig gibt es nur noch 50. Bisher gab es 21 Generaldirektoren, künftig gibt es nur noch fünf.
- ▶ Diese Reform bringt bis 2023 rund eine Milliarde Euro an Einsparungen, die in den Kampf gegen die Zwei-Klassen-Medizin investiert werden: z.B. in mehr Kassenärzte und in Landarztstipendien.



Neue Gerechtigkeit

Reform der Mindestsicherung

Mit der „bedarfsorientierten Mindestsicherung“ sollen jene Menschen unterstützt werden, die für ihren Lebensunterhalt nicht aus eigener Kraft aufkommen können. Die bedarfsorientierte Mindestsicherung dient als Sprungbrett in den Arbeitsmarkt.

Die Mindestsicherung ist kein bedingungsloses Grundeinkommen. Jenen Menschen, die arbeiten wollen, aber keinen Job bekommen, muss für eine gewisse Zeit geholfen werden. Allerdings hat die Reintegration in den Arbeitsmarkt rasch und effizient zu erfolgen – Missbrauch muss rigoros bekämpft werden. Die neue Mindestsicherung trägt zu mehr Gerechtigkeit in unserem Land bei. Wer lange eingezahlt hat, bekommt auch mehr heraus, und die ungehinderte Zuwanderung in das österreichische Sozialsystem wird gestoppt.

Mindestsicherung Neu



Im Detail:

- ▶ Neue einheitliche Regelung: Der Bund regelt den Rahmen, Details liegen bei den Ländern.
- ▶ Menschen, die jahrelang eingezahlt haben, werden finanziell bessergestellt.
- ▶ Deutsch ist der Schlüssel zur Mindestsicherung: Wer die volle Mindestsicherung will, muss Deutsch auf einem gewissen Niveau können.
- ▶ Wir helfen Alleinerziehenden: Sie erhalten zusätzlich für jedes minderjährige Kind einen Bonus.
- ▶ Die Mindestsicherung beträgt maximal 863 Euro im Jahr 2018. Davon sind 300 Euro als Arbeitsqualifizierungsbonus vorgesehen. Einen Anspruch auf diesen Bonus haben Menschen mit einem Pflichtschulabschluss in Österreich. Ist dieser nicht vorhanden, sind zumindest Deutschkenntnisse auf B1-Niveau sowie weitere Kenntnisse (z.B. Wertekurse) vorzuweisen. Personen aus Dritt-/EU-Staaten erhalten Leistungen erst nach fünfjährigem Aufenthalt in Österreich.



Karenzzeiten wie Arbeitszeiten bewerten

Die Einkommensschere zwischen Frauen und Männern klafft in Österreich nach wie vor weit auseinander. Ein Ansatzpunkt ist die Anrechnung der Karenzzeiten bei den Gehaltserhöhungen.

Männer verdienen in Österreich nach wie vor ca. 20 Prozent mehr als Frauen – bei gleicher Leistung. Ein Grund für diese Lohnunterschiede ist die Nichtanrechnung der Karenzzeiten bei Gehaltserhöhungen. Viele Kollektivverträge enthalten automatische Gehaltsanpassungen. Dadurch bekommen Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer regelmäßig eine Gehaltserhöhung. Urlaub, Krankenstand, Pflegefreistellung oder Präsenzdienst werden dafür angerechnet, jedoch oftmals nicht die Abwesenheit bei Elternkarenz. Das soll sich ändern: Bis zu 24 Monate Karenz sollen auch hier automatisch angerechnet werden.

Im Detail:

- ▶ Niemand soll einen Nachteil haben, wenn man das Recht auf Elternkarenz wahrnimmt und sich für Familie und Kinder entscheidet.
- ▶ Ziel ist es, die Anrechnung von bis zu 24 Monaten im Gesetz zu verankern, wenn es über die Kollektivverträge nicht zu regeln ist.
- ▶ Hintergrund: Derzeit gibt es laut ÖGB 859 unterschiedliche Kollektivverträge, nur in 145 davon findet sich die Regelung der automatischen Anrechnung der Karenzzeiten.
- ▶ In rund 70 Prozent der großen Kollektivverträge gibt es keine Regelung. Lediglich in 30 Prozent gibt es Regelungen, die aber sehr unterschiedlich sind. Manche Kollektivverträge sehen eine Anrechnung der Karenzzeiten von acht, zehn bzw. bis zu 22 Monaten bereits vor, jedoch noch nicht alle.

A large, faint, light blue graphic of a stylized human figure is positioned in the bottom right corner of the page. The figure is composed of a large circle for the torso, a smaller circle for the head, and two curved lines for the arms and legs, all rendered in a lighter shade of the background color.

Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbund

Lichtenfelsgasse 7, A-1010 Wien, +43 1 40141 351, office@oeaab.com
www.oeaab.com